Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreise: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 36 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur Werktage von 8 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2.

Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A., Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2. Fernruf: 17 266. Postscheckkonto: Dresden 18 680. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

7. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 26. August 1931 | Nummer 151

Morgen soll Lohnraub in Kraft treten

Empörungssturm auf den Straßenbahnhöfen

Die roten Betriebsräte Gruner, Lade und Götze gemaßregelt! Nehmt sofort Stellung! Wählt überall eure Streikleitungen!

500 Essener Gas- und Wasserwerkarbeiter in Streik getreten / Kampfausschuß in Berlin-Lichtenberg

Auf die Denunziation in der Dresdner Volkszeitung am Montag, sind gestern drei rote Betriebsräte, die Genossen Gruner, Lade und Götze, von der Direktion der Dresdner Straßenbahn AG fristlos entlassen worden. Durch diese Entlassung versucht die Direktion, die von den Gesamtverbandsbonzen auf das stärkste unterstützt wird, den Kampf der Gemeindearbeiter gegen den Lohnraub abzuwürgen. Diese Provokation der Gemeindearbeiter hat zum offenen Aufruhr auf den Straßenbahnhöfen geführt. Die Straßenbahner fordern sofortige Wiedereinstellung der gemaßregelten Betriebsräte.

Essen, 25. August (Eig. Bericht)

Die Nachricht, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer des Gesamtverbandes einen ungeheuren Lohnabbau vereinbart haben, hat die Gemeindearbeiter in größte Erregung gebracht. Die Arbeiter des Gas- und Wasserwerkes in Essen, etwa 500 Arbeiter, sind in den Streik getreten. In Duisburg-Neudorf hat sich der Streik der Fuhrparkarbeiter verbreitert. Auch die Arbeiterter der Kanalisation sind dort in den Streik getreten.

Die Gemeindearbeiter, die im Ruhrgebiet unter Führung der RGO kämpfen, sind auf dem rechten Wege. Es gilt jetzt, die Kampffront zu verbreitern. **Gemeindearbeiter beschließt überall Aufnahme des Kampfes, nehmt den Kampf auf.**

Berlin, 26. Aug. (Eig. Meld.)

Eine am Mon tag stattgefundene Belegschaftsversammlung des Gaswerkes Berlin-Lichtenberg nahm eine Resolution an, in der die Arbeiter mit Entrüstung von dem Lohnabbau Kenntnis nehmen und den Arbeiterrat auffordern, eine sofortige Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen, um den Lohnraub mit dem Mittel der Arbeitsverweigerung abzuwehren. Es wurde außerdem ein Kampfausschuß von sechs Kollegen gewählt.

*

Der Gemeindearbeiterstreik greift von Tag zu Tag mehr um sich. Die Gemeindearbeiter sind nicht gewillt, den ungeheuerlichen Lohnraub über sich ergehen zu lassen. Die Streiks im Ruhrgebiet sind ein Kampfruf an alle Gemeindearbeiter, **jetzt durch den Streik auf der ganzen Linie dem Lohnraub ein Ende zu machen, den Ausbeutern und ihren reformistischen Lakaien einen entscheidenden Schlag zu versetzen.**

Die Feinde der Arbeiter **zittern vor der Riesenkraft des Proletariats.** Sie schrecken vor den letzten Maßnahmen nicht zurück, das zeigt die Maßregelung der drei roten Betriebsräte. Dabei zeigt sich, daß die **Direktion ihre „Argumente", mit der die Entlassung „begründet" ist, wörtlich aus dem Lügenblatt der Dresdner Volkszeitung abschrieb.** Die Entlassung wird wörtlich wie folgt „begründet":

Sie haben in der Betriebsversammlung der Straßenbahnarbeiter, die am letzten Sonntag im Keglerheim stattfand, die versammelten Straßenbahner öffentlich zum Streik aufgerufen, obwohl Sie wußten, daß in Berlin noch über die entstandenen Differenzen zwischen den Zentralstellen verhandelt wurde. Damit haben Sie nach unserem Dafürhalten die Pflicht jedes Betriebsratsmitgliedes, das Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sowie zwischen ihr und dem Arbeitgeber zu fördern, erheblich verletzt. Weiter haben Sie in Ihren Ausführungen betont, daß **der Streik, zu dem Sie aufriefen, ein politischer Streik sei und daß es an der Zeit sei, das herrschende System zu zerschlagen und das System der Arbeiter und Bauern aufzurichten.** Hierdurch sehen wir uns veranlaßt, Ihnen Ihr Arbeitsverhältnis fristlos aufzukündigen. Ihre Papiere werden Ihnen bei Abhebung von etwa rückständigen Lohnbeträgen durch unsere Personalabteilung ausgehändigt.

Dresdner Straßenbahn-AG
gez. Dr. Albrecht. Nier."

Die Volkszeitung, deren Denunziantenbericht wir gestern bereits auszugsweise veröffentlichten, schrieb wörtlich:

„Stadtrat Gruner verlas eine Entschließung, die nicht nur den Streik der Gemeindearbeiter, sondern den Generalstreik in Deutschland forderte. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß man damit rechne, daß der Streik ein politischer werde, damit die deutsche Republik zerschlagen und eine Regierung „der Arbeiter und Bauern" aufgebaut würde. In demselben Sinne äußerten sich die Betriebsratsmitglieder Götze und Lade ..."

Proteststurm auf den Bahnhöfen

„Die Belegschaft nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der fristlosen Entlassung der Betriebsräte Lade, Gruner, Götze.

Die Belegschaft erkennt in diesem provokatorischen Vorgehen der Direktion ein Hand-in-Hand-gehen mit den **reformistischen Gewerkschaftsführern, die sich damit wegen ihrer Niederlage** in der Betriebsversammlung im Keglerheim rächen wollen.

Die Berichterstattung der Dresdner Volkszeitung über diese Versammlung, die fast den **gleichen Wortlaut** hat als die Entlassungsbegründung der Direktion, zeigt, daß genau wie im Fall Berger auch hier wieder durch diese niederträchtige Denunziation der Direktion die Handhabe und Begründung zur Entlassung gegeben werden sollte.

Die Belegschaft erklärt, daß durch diesen Streich die sozialfaschistische Tätigkeit der Gewerkschaftsführer klar ersichtlich ist. Für jeden Gemeindearbeiter muß deshalb die Konsequenz dieser Schandtat sein, die Entfernung des Denunziantenblattes der SPD aus den Arbeiterwohnungen und sofortige Bestellung der Arbeiterstimme, die allein unseren Kampf restlos unterstützt.

Die Belegschaft erklärt weiter, daß es jetzt für jeden Kollegen, welcher dieser Schandtat verurteilt, nur eins geben kann:

Hinein in die RGO!
Schluß mit den Verrätern!
Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau!
Für die Wiedereinstellung der gemaßregelten Betriebsräte!"

In derselben Richtung sind auch Entschließungen auf den Bahnhöfen in Tolkewitz und Schandauer Straße gefaßt worden.

Die Straßenbahner haben in den Bahnhöfen **Trachenberge, Tolkewitz und Schandauer Straße** gegen die unerhörte Maßregelung scharf Stellung genommen und fordern die sofortige Wiedereinstellung der gemaßregelten Kollegen. Auf dem Bahnhof Trachenberge wurde folgende Entschließung einstimmig gefaßt:

Gemeindearbeiter, morgen soll der Lohnraub verwirklicht werden. Heute wollen die Gesamtverbandsbonzen die Kollegen im Keglerheim nochmals gründlich einseifen. Die Provokation durch die Verbandsbonzen und Direktion soll die Arbeiter gegeneinander treiben. **Schmiedet überall eine feste Einheitsfront. Nehmt überall sofort Stellung. Beschließt den Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub und gegen die Maßregelung der roten Betriebsräte. Mit der Unterstützung der übrigen werktätigen Massen werden die 315 000 Gemeindearbeiter den Lohnraub unter Führung der RGO verhindern.**

„Volksecho" ab 13. September!

Die neue kommunistische Wochenzeitung „Ostsächsisches Volksecho" erscheint Mitte September. Nur noch knapp drei Wochen sind es bis dahin. Deshalb muß jede Zelle, jede Ortsgruppe und jede revolutionäre Massenorganisation sofort eine erneute systematische tägliche Werbung organisieren.

Resultate zur Veröffentlichung sofort melden!
Mit ganzer Kraft ans Werk.

Neue §48-Verordnung!

Einschneidende diktatorische Maßnahmen gegen das Volk!

Die neue Notverordnung Brüning-Hindenburgs ist jetzt erschienen. Sie ordnet auf Grund des Artikels 48 an:

1. **Die Landesregierungen sind ermächtigt, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen.**
2. **Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) herabgesetzt werden. Verpflichtungen aus Verträgen bleiben unberührt, soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt.**

Diese zwei allgemein gehaltenen Punkte bedeuten die Durchführung ungeheuerlicher Maßnahmen gegen die Volksmassen: **Lohn- und Gehaltsabbau, Sozialabbau, Erhöhung der Bürgersteuer und zahllose andere einschneidende Maßnahmen. Und alles unter „Abweichung vom Landesrecht"** unter Ausschaltung der Landes- und Gemeindeparlamente, **also diktatorisch.** Hunger und Faschismus — das ist das **Regime Brüning-Schieck-Severing,** das die SPD sowie auch die Nazis voll unterstützen.

Die Volksmassen marschieren und kämpfen mit der KPD nun noch entschiedener für ihre Forderungen, für Arbeit, Brot und Freiheit, für den Arbeitsbeschaffungsplan für das Bauernhilfsprogramm, für die soziale und nationale Befreiung!

Das Volk ist stärker als die Bourgeoisie und ihre Wels und Hitler. Das Volk wird unter Führung der KPD siegen!

Nazi-Mordhöhle aufgedeckt

Wuppertal, 26. August. (Eigener Bericht.)

Heute wurde von der Polizei eine SA-Kaserne, die sich in einer früheren Färbereifabrik befand, ausgehoben. Bei der Haussuchung wurden drei Pistolen, sowie eine große Menge Hieb- und Stichwaffen vorgefunden. Die in der SA-Kaserne befindliche Wache von 27 Mann wurde vorläufig festgenommen.

Die SA-Mordhöhle war vollkommen militärisch eingerichtet, mit Feldbettstellen, regelmäßigem Wachdienst usw. Die Mordgruppe selbst hieß „Stabswache".

25 Jugendliche verhaftet

Haisnau b. Breslau, 24. Aug. (Eig. Bericht.)

Bei der gestrigen Fahnenweihe der KPD-Ortsgruppe Haisnau kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf einzelne Arbeiter verletzt wurden. Die Polizei nahm eine große Anzahl Verhaftungen vor, u. a. 52 KJVD-Jungarbeiter.

Betriebe gegen Terror und Hetze

Chemiearbeiter und Straßenbahner antworten auf die Lügenkampagne gegen die KPD

(Arbeiterkorrespondenz 1698)

„Die am 24. 8. 31 tagende Versammlung **des Fahrpersonals des Straßenbahnhofes Tolkewitz** erhebt energischen Protest gegen die faschistischen Polizeiüberfälle auf das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin sowie auf die **Büros der Dresdner revolutionären Organisationen.** Wir fordern die **sofortige Entlassung der verhafteten 13 Arbeiter und geloben,** uns noch fester um die RGO und KPD zu scharen und für die Arbeiterstimme und das Volksecho zu werben, um ein menschenwürdiges Dasein in einem freien sozialistischen Deutschland zu erkämpfen."

(Arbeiterkorrespondenz 1697)

Die Betriebsversammlung von **Thermosol-Chemie,** Radebeul, hat folgende Entschließung angenommen: Die Terrormaßnahmen von seiten der Brüning- sowie Schieck-Regierung gegen die Kommunistische Partei und die revolutionären Massenorganisationen benutzen die bürgerliche sowie die sozialdemokratische Presse zur Steigerung einer berufsmäßigen Kommunistenhetze. Diese schäbigen Mittel, wie Todesstrafe für **revolutionäre Arbeiter, leisten den besten Vorschub zum Verbot** der Kommunistischen Partei und ihrer überparteilichen Organisationen. Die am 24. 8. 31 stattgefundene Betriebsversammlung erhebt hiermit schärfsten Protest gegen die Besetzung des ZK (Karl Liebknecht-Haus, Berlin). Auch die weiteren **Maßnahmen in Dresden** bedeuten gegen das revolutionäre Proletariat Deutschlands einen Anschlag. Die Versammelten fordern alle Betriebsarbeiter sowie Erwerbslosen und Mittelständler auf, Stellung zu nehmen gegen **Terror, Unterstützungsraub und weitere geplante Abbaumaßnahmen."**

*

Alle Dresdner Betriebe haben die proletarische Aufgabe, in ähnlichen Beschlüssen ihrem Kampfwillen Ausdruck zu geben. Nehmt in jedem Betrieb Stellung gegen Terror, Verbotshetze, Lohnraub und Aushungerung.

*

Entsprechende Beschlüsse faßten auch die am 23. August stattgefundene **öffentliche Frauenversammlung, eine Versammlung der Ifa,** die Mitgliederversammlung **der Roten Hilfe. Mitterfest.**